

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Öffentlichkeit sich über diese Bewegung klar geworden ist, die naturgemäß sofort ihre Aufmerksamkeit wachrufen muß. Im 20. Jahrhundert darf das jüdische Volk, das nun auch mündig geworden ist, nicht untätig zusehen, wie ganz gewaltige Teile seines Körpers planlos von einem ökonomischen Gesetz in der Welt herumgeschleudert werden, allen Feindseligkeiten, allen Schwierigkeiten schutzlos und widerstandslos preisgegeben. Einige Berichte beweisen, daß die maßgebenden Stellen auch in dieser Hinsicht die Initiative ergriffen haben.

Das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris beschloß in seiner Sitzung vom 28. Dezember, eine allgemeine jüdische Hilfskonferenz für die Zeit vom 7. bis 11. März nach Zürich einzuberufen. Es wurde deshalb dieses Datum gewählt, um es den Delegierten aus Amerika und Südrußland zu ermöglichen, anwesend zu sein. Einladungen sind an 70 Hilfsorganisationen, die sich über 40 Länder verteilen und an einige andere hervorragende jüdische Organisationen ergangen.

In Verbindung mit dieser Ankündigung interessiert ein Artikel von Hans Goslar in der „Jüdischen Rundschau“ vom 9. Jänner über die Notwendigkeit einer allgemeinen Auswanderungskommission. Nach dem Hinweis, daß die Massenauswanderung unter den Juden eines der brennendsten Probleme der nächsten Zukunft ist, stellt Goslar die folgenden drei Grundsätze auf:

1. Keine Einzelorganisation, selbst die der ganzen europäischen Judenheit, ist in der Lage, die Auswanderung zu kontrollieren. Einzig das ganze jüdische Volk mit den vereinten Kräften aller seiner Hilfsorganisationen würde machtvoll genug sein, dies zu tun.

2. Die Frage der Auswanderung aus Osteuropa kann nur in Verbindung mit der der Einwanderung in neue Gegenden gelöst werden. Einwanderung ist heute eine Frage von größter Bedeutung in der Innenpolitik eines jeden Landes.

3. Der politische Charakter der Einwanderung verbietet eine getrennte Behandlung von Seite einzelner jüdischer Organisationen und Länder, in welche die Einwanderung stattfinden soll. Einzig eine politische Körperschaft, autorisiert vom ganzen jüdischen Volk, kann bindende Abmachungen politischen Charakters treffen.

Infolgedessen sollten, meint der Artikelschreiber, alle bedeutenderen jüdischen philanthropischen und politischen Organisationen, welche in ihrer Gesamtheit das organisierte jüdische Volk darstellen, sobald als möglich in einem neutralen Lande auf einer allgemeinen jüdischen Auswanderungskonferenz zusammenkommen. Die Initiative in der Einberufung einer solchen Konferenz sollte von der zionistischen Organisation ausgehen, welche in Anbetracht ihrer Ausbreitung über die ganze Welt und ihrer Stellung zur Entente zu diesem Schritt berufen ist. Die Konferenz müßte Komitees bestimmen und mit der Vollmacht ausstatten, mit den Regierungen jener Länder zu unterhandeln, in welche eine Einwanderung in großem Maßstab möglich ist (vornehmlich in Süd-Amerika) und es zu unternehmen, den Strom der Einwanderung in solche Bahnen zu lenken, daß der Arbeitsmarkt in den Städten nicht gestört und die Produktionskraft des Landes möglichst vermehrt wird.

Die Konferenz müßte ständigen Charakter tragen, und eine ihrer ersten Entschlüsse müßte die Gründung einer großen jüdischen Auswanderungsbank sein, welche Hand in Hand mit der Jüdischen Kolonial-Bank gehen müßte.

„Es ist selbstverständlich,“ schließt der Artikel, „daß dieses Werk nicht den Aufbau des jüdischen Palä-

stina unterbrechen darf, welches weiter unser Ziel und unser Ideal bleibt. Viele von jenen, welche jetzt in andere Länder geführt werden müssen, werden vielleicht das Ende ihrer Wanderung im Land unserer Vorfahren finden.

Für die österreichischen Juden ist das Problem der jüdischen Wanderung nicht allein eine Frage des Solidaritäts- und Mitgefühls. Wir sind hier auch praktisch an einer Lösung interessiert, die aus dem jüdischen Emigranten das Subjekt einer ökonomischen Erscheinung und nicht das Objekt ungeordneter, elender Verhältnisse macht. Österreich ist kraft seiner Lage ein Durchzugsland für den in Aussicht stehenden Wanderstrom. Wien mit seiner zentralen Lage, zwischen West und Ost, der Knotenpunkt so vieler Verkehrslinien, an das sich für den Ostjuden so viele verbindende Fäden knüpfen, ist berufen, ein Sammelbecken für einen großen Teil der Emigranten zu werden, von dem aus dann die einzelnen Abzweigungen in die neuen, ersehnten Wohnstätten abfließen können. Und die einzelnen größeren Städte der Alpenländer werden dann weitere Etappen auf dem Wege bilden, sei es nun daß der wandernde Jude seine Schritte nach den Häfen Italiens lenkt, um von dort nach dem altneuen Heimatlande, nach Palästina, das sich vorläufig nur für einen Teil eignen wird, zu gelangen, sei es, daß er der Schweiz zustrebt, die ihm das Tor in die Freiheit der westlichen Länder ist. Schon heute lassen sich die wichtigsten Punkte dieser Wege skizzieren. Soll nicht aus dem Wandersturm eine jämmerliche Bettelfahrt unserer Brüder werden, die unter dem Zwang eines wirtschaftlichen Gesetzes in die Welt geblasen werden, dann muß bei uns die Öffentlichkeit zu den kommenden Ereignissen rechtzeitig und in einer Weise Stellung nehmen, wie sie dem Geist der Zeit und der Größe der Forderung entspricht. Wir haben freilich, dank der Rückschrittlichkeit gewisser Kreise, die nichts so fürchten wie das Handeln, noch immer nicht die Exekutive, welche die nötigen Schritte einleiten könnte.

Aus dem jüdischen Leben.

Anzeigen als Anzeichen. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ bringt folgendes Inserat: „Holzschnitzerei (Abendmahl darstellend), interessante schlesische Klosterarbeit, 400 Jahre alt, 86 × 15 × 36, zu verkaufen. Besichtigung täglich 2 bis 3/4 Uhr. Charlottenburg, Stuttgarter Platz 1, Schrade bei Wilczak.“

Minoritätenschutz in Bulgarien und Serbien. Die Minoritätenschutzklauseln der Friedensverträge sind nunmehr auch von Bulgarien und Serbien unterzeichnet worden.

Die ukrainische Hölle. Präsident Wilson hat dem amerikanischen Senate Auszüge des Berichtes über die Judenpogrome in der Ukraine überreicht, den ihm General Jadwin, der nach der Ukraine speziell entsandt war, um die Pogrome zu untersuchen, übergeben hatte. General Jadwin erklärt in seinem Berichte, daß er von einem einzigen jüdischen Komitee eine Liste von 10.712 getöteten Juden erhalten habe, mit genauer Angabe der Städte und des Datums der vorgefallenen Pogrome. Die ihm zugestellten Ziffern beweisen, daß bis zum 9. September 1919 die allgemeine Zahl der jüdischen Opfer 29.000 erreichte.